

Warum ich Bürgermeister werden will

Als ich mich vor einiger Zeit dazu entschied für das Amt des Bürgermeisters zu kandidieren, fragten mich einige meiner Freunde: „Warum tust du dir das an?“

Ich bin vor mehr als 25 Jahren nach Ulrichskirchen gezogen und wurde sofort im Ort herzlich willkommen geheißen. Ich wollte von Anfang an am Vereinsleben mitarbeiten. Mein Engagement führte mich zum Tennisverein, Verschönerungsverein, zur Schulgemeinschaft der Volksschule und des Gymnasiums.

Meine berufliche Tätigkeit neigt sich dem Ende zu und ich kann meinen ganzen Einsatz der Arbeit für unsere Gemeinde widmen. Seit längerer Zeit denke ich darüber nach was ich als Bürgermeister anders machen würde.

Ich möchte für die gesamte Bevölkerung gleichermaßen da sein. Ob Jung ob Alt, ob Frau oder Mann, egal welche Religion oder parteipolitischer Gruppierung angehörig, für mich zählt der Mensch. Aus diesem Grund ist mir auch eine Trennung von Parteivorsitz und Bürgermeisteramt wichtig. Ein Bürgermeister muss der Vertreter aller Bürger der Gemeinde sein und nicht von Parteien gelenkt werden. Ein Bürgermeister muss parteipolitisch unabhängig agieren.

Wir haben bald Wahlen. Denken sie daran, dass Sie mich mit einer Vorzugsstimme am amtlichen Stimmzettel, oder mit dem nichtamtlichen Stimmzettel, ohne Parteikreuzerl, wählen können.

Besonders wichtig ist es dem Wahlrecht nachzukommen. Dies ist eines unserer wichtigsten Grundrechte. Nur wenn viele wählen gehen kann man erreichen, dass unsere Gemeindevertreter auch von einer echten Mehrheit gewollt werden. Lassen Sie sich auch nicht von Moge-packungen täuschen. Es ist nicht immer drinnen was drauf steht.

Selbstverständlich steht auch



hinter mir eine Partei. Diese unterstützt mich jedoch nur durch Informationen und mit Beratung in Rechtsfragen. Die parteipolitischen Ziele auf Bundesebene spielen in unserer Gemeinde eine untergeordnete Rolle.

Wenn ich Ihr Vertrauen erhalte, so werde ich für Alle da sein. Unabhängig von Partei- und Vereinszugehörigkeit. Ich möchte mehr Transparenz in die Gemeindepolitik einbringen und es wird die Möglichkeit geben, aktiv an Projekten mitzuarbeiten. Für diverse Themen und Aufgaben werden eigene Arbeitskrei-

se gebildet, bei denen auch Nichtgemeinderäte mitarbeiten sollten.

Wir leben in einer schönen Gemeinde. Ich möchte jedoch, dass wir wieder zu einer aktiven Gemeinschaft mit sozialen Kontakten werden. Die politische Spaltung sollte beendet werden. Unsere Ortschaft darf nicht zur „Schlafgemeinde“ verkommen. Es müssen wieder Zentren für Treffen und Freizeitgestaltung entstehen. Ortskerne sollten belebt und Wohnen für alle, ob Jung oder Alt, wieder leistbar, interessant und möglich werden.

Das Sicherheitsgefühl in der Ortschaft, die Kontrolle der Straße, insbesondere der Mautflüchtlinge, sollte ausgeweitet werden. Dadurch würde sich der Verkehr durch unsere Gemeinde verringern. Bezüglich des Straßenverkehrs sollte auch über geeignete Maßnahmen zur Reduzierung nachgedacht und die Beratungen zur Sicherung des Eigentums, gefördert werden.

Beim Schreiben dieses Artikels sind mir noch viele, viele Dinge eingefallen, welche in unserer Marktgemeinde gemacht bzw. geändert werden sollten.

Enden will ich mit einem Spruch von Konrad Adenauer:

„Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst“

Lassen sie mich für Sie arbeiten.

Wählen sie am 26.01.2020 das TEAM SPÖ.

Herwig Daucher / Team SPÖ



Kommentar

von GR Werner Dusella

Womit muss sich die Politik der Zukunft auseinandersetzen?

Das Politische Systeme wie Pensionsregelungen, Arbeitsgesetzgebung und Steuergesetze deren grundlegende Muster vor Jahrzehnten gestrickt wurden, heute nicht mehr so funktionieren, diesen Tatsachen müssen wir ins Auge blicken.

Nun stellt sich die große Frage: Wie muss die Politik der Zukunft aussehen?

Richard Wilkinson und Kate Picket, zwei Forscher und Mediziner haben sich seit Jahren mit dieser Frage beschäftigt und die Ergebnisse der Studien waren beeindruckend. „Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“ So nennt sich das Buch, dass der britische Professor anhand seiner Recherchen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und der WHO verfasste. Gesellschaften funktionieren deutlich besser, wenn sie einen geringeren Grad an sozialer Ungleichheit aufweisen, die Fakten seien so eindeutig das Gegenargumentieren praktisch nicht mehr möglich ist. Viele Probleme sind in ungleicheren Gesellschaften viel weiter verbreitet. Je größer die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind, desto schlechter funktioniert die Gesellschaft. Egal ob es um Kriminalität, Gewalt, Lebenserwartung oder Gesundheit geht, überall schneiden gleichere Gesellschaften besser ab als ungleichere. Menschen sind nun einmal soziale Wesen, die primäre Beziehung hat der Mensch nicht zu seinen Geld und Gütern, sondern zu anderen Menschen. Deshalb ist die Wertigkeit von sozialer Gerechtigkeit nicht zu unterschätzen – denn Menschen wollen fair behandelt werden! Mehr Gleichheit ist für alle besser, egal ob auf europäischer, Landes- oder Gemeindeebene!

Eine absolute Mehrheit ist undemokratisch

Demokratie bedeutet einfach formuliert: „Die Macht geht vom Volk aus“.

So einfach ist es aber leider doch nicht. Beispielsweise zur Gemeinderatswahl treten wahlwerbende Gruppen, mit Namenslisten zur Wahl an. Ausgehend vom Wahlergebnis, also den abgegebenen Stimmen, werden die gewählten Gemeinderäte ermittelt.

Diese gewählten neuen Gemeinderatsmitglieder wählen aus ihrer Mitte den Bürgermeister.

Wenn man bedenkt, dass viele Wahlberechtigte auf ihr Recht verzichten, hat das zur Folge, dass der Bürgermeister nicht mehr von der Mehrheit der Bevölkerung gewählt wird. Bei der letzten Gemeinderatswahl hat die ÖVP 976 Stimmen bekommen, das entspricht lediglich 35,39% der Wahlberechtigten, also einem starken Drittel der Wahlberechtigten. Dieses Wahlergebnis führte jedoch dazu, dass ein Drittel der Gemeindebewohner eine absolute Mehrheit ermöglicht haben.

Für uns gedeiht Demokratie erst richtig, wenn es gelingt ein Klima zu schaffen, in welchem Diskussionen und Beteiligungen generell erwünscht sind. Um Diskussionen unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen, ist das Vorhandensein von Transparenz und Information erforderlich. Nur wer die objektiven Fakten kennt, kann sich eine Meinung bilden. Das gilt insbesondere für die Gemeinderäte.

Bevor Entscheidungen getroffen werden, die unsere Gemeindebevölkerung

angehen, sollten alle Für und Wider gründlich abgewogen werden. Entscheidungen sollen nach einem Mehrheitsprinzip, das heißt mehr als die Hälfte der Gemeinderäte, getroffen werden. Das ist aber bei einer absoluten Mehrheit nicht mehr möglich. Denn wie bereits erwähnt repräsentiert eine Partei mit absoluter Mehrheit nicht gleichzeitig die Mehrheit der Bevölkerung.

Bei einer absoluten Mehrheit, besteht die Gefahr, dass Entscheidungen nur auf Abstimmungen reduziert werden. Dann würden vor allem jene ihre Interessen durchsetzen, die wissen, wie man sich eine Mehrheit sichert.

Wer absolut regiert, braucht Informationen nicht weiterzugeben, keine andere Meinung zulassen und kann Gegenstimmen jederzeit unterdrücken. Eine absolute Mehrheit bedeutet das Ende demokratischer Entscheidungsprozesse.

Es ist daher unser Ziel bei der kommenden Gemeinderatswahl die absolute Mehrheit zu brechen, um ein freies Spiel der im Gemeinderat vertretenen Kräfte zu ermöglichen. Nur von der Mehrheit getragene Kompromisslösungen garantieren, dass die Interessen einer Mehrzahl an Gemeindebürgern und Bürgerinnen vertreten werden. Kompromiss heißt sich vertragen.

Der Kompromiss unterscheidet die Demokratie von der Alleinherrschaft.

Nutzen sie bei der kommenden Wahl ihr Recht, die zukünftigen Gemeindevertreter zu wählen, nur dadurch kann unser demokratisches Recht gewahrt werden.



JA zum Bauausschuss - objektiv und überparteilich

Die Abwicklung von Bauverfahren ist die Aufgabe der Baubehörde. In erster Instanz ist das der Bürgermeister. Gesetzlich geregelt sind diese Bauverfahren in der NÖ Bauordnung und der dazugehörigen Bautechnikverordnung.

Die Gesetzesmaterie wird jedoch immer komplizierter. Aus meiner Sicht ist es nicht mehr zeitgemäß und auch demokratiepolitisch fragwürdig, die gesamte Macht der Entscheidung, in die Hand einer Person zu legen.



Bürgermeister sind keine parteifreien Vollzugsbeamte, sondern politische Vertreter einer Partei. Es kommt daher immer wieder vor, dass der Verdacht entsteht, eine baurechtliche Entscheidung wurde nicht parteipolitisch unabhängig getroffen. Diverse Medienberichte, bis hin zu Verurteilungen von Bürgermeistern, geben dieser Vermutung recht.

Wir können einen Schritt zu mehr Demokratie gehen und innerhalb des Gemeinderates einen Bauausschuss bilden. Dieser Ausschuss bestünde aus

Vertretern aller wahlwerbenden Gruppen. Ein derartiger Ausschuss kann wesentlich objektiver die beantragten Bauverfahren beurteilen und bei Bedarf verschiedene Entscheidungsvarianten für die Baubehörde erarbeiten. Die Laufzeiten der Verfahren würden gestrafft und vor allem gleichberechtigt für alle Antragssteller abgewickelt.

Dieser Ausschuss könnte auch die Parteienrechte wahren und überprüfen, ob die Betroffenen von allen Ermittlungsschritten unterrichtet würden und die Gelegenheit zu einer Stellungnahme erhalten hätten.

Ähnliches gilt bei Änderungen von Flächenwidmungen. Die letzte große Änderung des Flächenwidmungsplanes unserer Gemeinde hat gezeigt, dass große Bevölkerungsgruppen mit den Vorhaben der Mehrheitspartei nicht einverstanden waren.

Letztendlich besteht für Betroffene aber keine rechtliche Möglichkeit auf die Entscheidung des Gemeinderates einzuwirken. Bei einer absoluten Mehrheit ist das aus meiner

Sicht ein Problem. Auch hier könnte ein von allen Parteien besetzter Ausschuss, bereits im Vorfeld, mit den Betroffenen an Kompromisslösungen arbeiten und eine von der Mehrheit tragbare Lösung finden.

Demokratie lebt von Kompromisslösungen die von der Mehrheit getragen werden. Eine Alleinregierung gilt es aus meiner Sicht zu vermeiden.

Nutzen sie am 26. Jänner ihr Recht und verhindern sie eine absolute Alleinregierung.

GR Ing. Günther Leeb



Kommentar

von GR Susi Wohner

Liebe Wählerin!

Lieber Wähler!

Die Gemeinderatswahl nähert sich mit Riesenschritten und wir, dass Team SPÖ werben um ihre Stimme. Wir haben gestützt auf viele Gespräche mit BewohnerInnen unserer Gemeinde, Themen ausgearbeitet die unsere Orte lebenswerter machen sollen. Man soll hier nicht nur wohnen, sondern sich rundum wohlfühlen, aktiv an der Dorfgemeinschaft teilnehmen. Wie kann das erreicht werden?

Wir brauchen Orte, wo Kommunikation stattfinden kann. Sei es ein revitalisierter Pfarrstadel, neue Wohnformen für Jung und Alt oder Parks und Plätze, die zum Verweilen einladen. Hier sollen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben sich zu treffen um zu plaudern und gemeinsam ihre Freizeit zu verbringen.

Die Projekte die wir ihnen in den vorhergehenden Ausgaben vorgestellt haben, sind Vorschläge, die wir gemeinsam mit ihnen weiterentwickeln wollen. Ihre Mitarbeit ist wertvoll und wichtig!

Durch ihre Stimme geben sie uns die Möglichkeit, unsere Vorhaben gemeinsam mit ihnen umsetzen zu können. Unsere Gemeinde hat Zukunft – nutzen wir unsere Chancen und schaffen wir gemeinsam eine noch lebenswertere Gemeinde Ulrichskirchen-Schleinbach-Kronberg!



Kommentar

von GR Wolfgang Kalsner

Gestalten statt Verwalten!

Liebe Gemeindebürgerinnen!

Liebe Gemeindebürger!

Die Schaffung von Bauplätzen und von leistbarem Wohnen ist eines der Themen in unserer Gemeinde, die unter den Fingernägeln brennen.

Immer öfter muss unsere Jugend von Ihrer Heimatgemeinde wegziehen, weil Wohnraum in unserer Marktgemeinde nicht vorhanden ist. Das einzige Projekt in den letzten Legislaturperioden waren die Wohnungen am Florianplatz in Ulrichskirchen. Diese sind für Durchschnittsverdiener nicht leistbar.

Solange noch so viele Bauplätze nicht bebaut sind, werden neue Baulandwidmungen nicht genehmigt. Diese Situation haben aber auch andere Gemeinden und da wird aufgeschlossen und gebaut.

Wenn wir vom Team-SPÖ in der nächsten Periode mit bestimmen können, werde ich mich persönlich dafür stark machen, dass sich die Gemeinde intensiver für leistbares Wohnen einsetzt. Damit wollen wir es den Immobilienspekulanten schwerer machen alles auf zu kaufen.

Ich hoffe am 26. 01 auf Ihr Vertrauen, damit wir unsere Jugend im Dorf halten können.

Klimaschutz

Nachdem ich jetzt 10 Jahre Mitglied des Klimabündnisses war, möchte ich mich bei Wolfgang Exler als Leiter des Arbeitskreises für die gute Zusammenarbeit bedanken. Viele Menschen werden verunsichert durch die Medien, weil fast jeder Mitbürger zum Klimawandel gestempelt wird.

„Friday for Future“ ist sicherlich wichtig, um die Bevölkerung aufzurütteln und davon zu überzeugen, dass unsere Nachkommen nur diesen einen Planeten zur Verfügung haben. Fürs Klima streiken sollte man aber in der Freizeit und nicht während des Unterrichts. Diese jungen Menschen sollten vielleicht Druck machen auf Jugendliche, die bei diversen Open-Air-Konzerten dermaßen viel Müll hinterlassen, dass die Reinigungsfirmen mit dem Aufräumen nicht nachkommen.

Auf der anderen Seite wurde auf unserem Planeten noch nie so viel Energie verbraucht, als mit dem Downloaden von diversen Filmen, Serien Apps und Social Media Einträgen. Es wäre auch zu kurz gegriffen darauf zu warten, dass der Staat durch Gesetze den CO₂-Ausstoß reglementiert.

Frei nach John F. Kennedy sollte man sich hinterfragen, was man für den Staat machen kann, um die Ziele zu erreichen und nicht immer darauf zu warten, was der Staat für uns tut. Es erscheint mir wenig glaubwürdig auf „Grün“ zu machen, mit dem Elektroauto rumzufahren und dreimal im Jahr „Just for Fun“ für ein Wochenende auf einer iberischen Insel zu verbringen.

Jetzt möchte ich nicht als besserwisserisch wahrgenommen werden, sondern will einen realistischen Blick auf das Machbare werfen. Das Biofleisch vom regionalen Greißler wird sich der Durchschnittsverdiener nicht so oft leisten können und mit vegetarischer Kost kann sich ein körperlich schwerarbeitender Mensch auch nicht lange auf den Beinen halten.

Eine ausgewogene Ernährung, die leistbar ist und dennoch vom regionalen Bauern stammt, müsste günstiger sein und der Erzeuger sollte ohne Förderung von seinem Produkt leben können. Man hat zeitweise den Eindruck, als ob zig Zwischenhändler die Ware so verteuern, dass sich das Produkt ein Normalverdiener nicht mehr leisten kann.

Ich persönlich versuche meinen ökologischen Fußabdruck so klein wie möglich zu halten – wir haben eine Woche Skiurlaub in einem Passivhotel in Hinterstoder verbracht. Vor einigen Jahren habe ich meinen Rasenmäher und Akkutrimmer auf Akku-Technologie umgerüstet, um die auf dem Stadel Dach befestigte Photovoltaikanlage besser nutzen zu können. Im Frühjahr werde ich mir einen Elektroroller zu legen, um klimaneutral in den wärmeren Monaten meinen Arbeitsplatz zu erreichen. Bei diversen Einkäufen verzichte ich auf ein Plastiksackerl und verwende Stofftaschen.

Eine Realität muss man sich vor Augen führen – ohne individuelle Veränderung wird es nicht möglich sein, seinen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Es soll kein gegenseitiges Ausspielen von Jung gegen Alt sein, sondern die Kräfte müssen gebündelt werden, um Positives zu schaffen. Ein gemeinsames Ziel zu haben, ermöglicht eine gezieltere Herangehensweise. Einerseits ein Konsumluxusleben zu führen und andererseits die Welt retten, wird sich nicht ausgehen.

Euer GR Dieter Hackl



Wissenswertes zur Gemeinderatswahl am 26.01.2020

Wie, wann und wo kann die Stimme abgegeben werden?
Die persönliche Stimmabgabe ist am Wahltag im zuständigen Wahlsprengel während der Wahlzeit wie folgt möglich:

SPRENGEL 1 – ULRICHSKIRCHEN

Wahllokal: Gemeindeamt, Kirchenplatz 3 Wahlzeit: 07.30 bis 16.00 Uhr

SPRENGEL 2 – SCHLEINBACH

Wahllokal: Kindergarten, Hauptstraße 7

Wahlzeit: 07.30 bis 16.00 Uhr

SPRENGEL 3 – KRONBERG

Wahllokal: Gemeindekanzlei, Hauptstraße 32 Wahlzeit: 08.30 bis 15.00 Uhr

Wählen mit Wahlkarte: Wählerinnen und Wähler, die am Wahltag nicht in ihrer Gemeinde oder ihrem Wahlsprengel anwesend sein werden, können die Ausstellung einer Wahlkarte beantragen.

Die Inhaber einer Wahlkarte können ihre Stimme persönlich in jedem Sprengel der ausstellenden Gemeinde (Wohnsitzgemeinde) oder persönlich bei einer besonderen Wahlbehörde (für bettlägerige Personen usw.) oder im Wege der Briefwahl für Wähler, die am Wahltag wegen Ortsabwesenheit verhindert sind, abgeben. Die Wahlkarte kann im Zuge der Briefwahl auch noch am Tag der Wahl vom Wähler selbst oder durch einen Boten im zuständigen Sprengelwahllokal abgegeben werden.

Wie erhält man eine Wahlkarte?

Die Wahlkarte kann bis Mittwoch, 22. Jänner 2020, 12 Uhr, schriftlich beim Gemeindeamt Ulrichskirchen beantragt werden (d.h. der schriftliche Antrag muss bis spätestens Mittwoch 12 Uhr im Gemeindeamt eingelangt sein!). Dem Antrag ist unbedingt eine Kopie eines Lichtbildausweises beizulegen bzw. die Passnummer anzuführen.

Per Brief: Gemeindeamt, Kirchenplatz 3, 2122 Ulrichskirchen.

Per e-mail: gemeinde@ulrichskirchen-schleinbach.gv.at

Online: www.wahlkartenantrag.at

Schriftlich nur dann, wenn die persönliche Übergabe (Abholung) der Wahlkarte an eine vom Antragsteller bevollmächtigte Person sofort möglich ist.

Ein telefonischer Antrag der Wahlkarte ist nicht möglich! Der mündliche Antrag muss persönlich im Gemeindeamt Ulrichskirchen gestellt werden. Bitte nehmen Sie auch hierfür einen gültigen Identitätsnachweis mit (Reisepass, etc.).

Gültige Stimmabgabe mittels Briefwahl der ausgefüllte Stimmzettel wird in das Wahlkuvert eingelegt, das Wahlkuvert wird in die Wahlkarte (Unterschrift der eidesstattlichen Erklärung ist unbedingt erforderlich!) eingelegt und verklebt. Die verschlossene Wahlkarte im Überkuvert kann persönlich, per Post oder durch Boten an die Gemeindewahlbehörde übermittelt werden. Die Wahlunterlagen müssen am Wahltag entweder bis spätestens 06.30 Uhr im Einlaufbriefkasten der Gemeinde oder bis zum Ende der Wahlzeit im zuständigen Wahlsprengel einlangen.

Öffnungszeiten Gemeindeamt Ulrichskirchen: Mo - Fr 8.00 bis 12.00 Uhr, Mo 15.00 bis 18.00 Uhr.

Wenn Sie am 26. Jänner 2020 im Wahllokal Ihre Stimme abgeben, bringen Sie bitte Ihre Wählerverständigungskarte, die Sie bereits per Post vor der Wahl erhalten werden, und einen amtlichen Lichtbildausweis mit. Damit erleichtern Sie die Wahlabwicklung, weil die Wahlbehörde nicht mehr im Wählerverzeichnis stöbern muss.

